

durch auch die Frage der Errichtung eines internationalen Transitbahnhofes in Feldkirch eine für uns günstige Erledigung erfahre.»³⁰

Landtagspräsident Albert Schädler schildert als unmittelbar Beteiligter, wie man in Feldkirch wirklich, wenn auch zu spät, bereit war, «jeden gangbaren Weg zu gehen». Die Folge war zumindest eine Verzögerung der Behandlung des liechtensteinisch-schweizerischen Zollvertrages im österreichischen Nationalrat bis in die Dezembersession 1923, obwohl von Liechtensteiner und Schweizer Seite einer Ratifikation des Zollvertrages nichts mehr im Wege stand. Erst die Drohung der Schweizer Bundesregierung, dass sie alle Zugeständnisse bezüglich Buchser Zollbahnhof zurückziehe, wolle Österreich nicht endlich die Schweizer Offerte annehmen, führten zum gewünschten Erfolg. Albert Schädler: «Die Schritte der österreichischen Regierung waren offenbar veranlasst durch die gegnerischen Elemente in Feldkirch, und durch die Wahl ihres früheren Bürgermeisters Unterberger in den Nationalrat . . . Schürte Österreich einerseits bezüglich der Buchser Bahnhoffrage in Bern gegen den Vertrag, so wollte es andererseits die fürstliche Regierung dafür gewinnen, dass sie sich nach eventuellem Inkrafttreten des Vertrages das ganze Fürstentum als Hinterland für Feldkirch sichern wollte. Denn nichts weniger bedeutete der Besuch des Feldkircher Handelskammersekretär Dr. Bergmeister, der mir einige Wochen vor der Behandlung des Vertrages im Nationalrate einen Besuch abstattete und die Ausdehnung der kleinen Grenzverkehrszone mit mir besprach.»³¹

Ende September hatte ausserdem der Feldkircher Stadtrat, unterstützt von der Landesregierung, eine Eingabe an das Bundeskanzleramt gerichtet und verlangt, bei einem allfälligen Scheitern der liechtensteinisch-schweizerischen Zöllanschlussverhandlungen, Liechtenstein zollpolitisch an Österreich zu binden, oder zumindest die Verlegung des Hauptzollamtes nach Feldkirch zu veranlassen. Die am 27. September in Buchs stattfindenden Verhandlungen zwischen Vertretern des österreichischen Bundesministeriums für Handel und Verkehr und Schweizer Amtskollegen hätten aber bereits die wahre Einstellung der Wiener Regierung erkennen lassen müssen, als trotz Einspruch des Vorarlberger Beteiligten, Landesamtsdirektor Galli, die Beibehaltung der

30 VV, 22. 9. 1923. / ON, 26. 9. 1923.

31 LLA: Bericht A. Schädlers an die FLReg. Vaduz. Vaduz, 6. 1. 1923.